



GEMEINSAME WAHLPRÜFSTEINE ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2026



Wahlprüfstein 1: Wie will Ihre Partei den Zugang zu Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung für junge Menschen sowie langzeitarbeitslose Menschen im Land Berlin nachhaltig verbessern?

Wahlprüfstein 2: Welche Bedeutung misst Ihre Partei den Trägern der Beschäftigungs- Bildungs- Beratungs- und Integrationsarbeit in Berlin bei?

Wahlprüfstein 3: Wie will Ihre Partei die langfristige Stabilisierung und Finanzierung der Angebote der Beschäftigungs-, Bildungs-, Beratungs- und Integrationsarbeit in Berlin sichern?

Wahlprüfstein 4: Welche Maßnahmen plant Ihre Partei für eine faire Bezahlung und Refinanzierung im sozialen und arbeitsmarktpolitischen Bereich und zur Gleichstellung der Beschäftigten?

Wahlprüfstein 5: Welche Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um Zuwendungsverfahren für Träger sozialer Aufgaben zu entbürokratisieren, frühzeitige Förderzusagen und längerfristige Förderzeiträume zu ermöglichen?

Wahlprüfstein 6: Wie steht Ihre Partei zum Erhalt und zur Weiterentwicklung bestehender arbeitsmarkt- und bildungspolitischer Landesprogramme wie Soziale Betriebe, Berliner JobCoaching, Beschäftigung in Berlin und Angebote der Erwachsenenbildung?

Wahlprüfstein 7: Warum sollten Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, Ihre Partei wählen?

Wahlprüfstein 8: Um unter den öffentlich geförderten Projekten einen Wettbewerb „nach oben“ (um Qualität) statt „nach unten“ (um Lohnkosten) zu erreichen, braucht es eine Entwicklung hin zu vergleichbaren Arbeitsbedingungen. Wie steht Ihre Partei zu dieser These?

Wahlprüfstein 9: Wie beurteilen Sie die Bedeutung einer einheitlichen Tarifgestaltung für Träger von geförderten Maßnahmen und Projekten und ihrer Anwendung in den öffentlichen Förderinstrumenten im Land Berlin?

Wahlprüfstein 10: Welche Kriterien will Ihre Partei für die Wirksamkeit und Qualität der Projekte und Maßnahmen in den jeweiligen Politikfeldern zugrunde legen? Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Förderprogramme im Land Berlin vorrangig zur verlässlichen Umsetzung der politischen Ziele beitragen?

Wahlprüfstein 1: Wie will Ihre Partei den Zugang zu Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung für junge Menschen sowie langzeitarbeitslose Menschen im Land Berlin nachhaltig verbessern?



Wir setzen auf eine Arbeitsmarktpolitik, die Menschen befähigt, dauerhaft am Erwerbsleben teilzunehmen und ihnen konkrete berufliche Perspektiven eröffnet.

Unser Ziel ist es, den Übergang von der Schule in Ausbildung sowie von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung durch passgenaue Unterstützungsangebote zu erleichtern. Dabei setzen wir auf eine enge Verzahnung von Schule, beruflicher Bildung, Wirtschaft und Arbeitsmarktpolitik sowie auf Qualifizierungsangebote, die sich an den tatsächlichen Anforderungen des Arbeitsmarktes orientieren.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns auch zukünftig auf einer frühzeitigen und praxisnahen Berufsorientierung. Sie muss fester Bestandteil moderner Schulbildung sein und darf nicht erst kurz vor dem Schulabschluss beginnen. Deshalb wollen wir die Berufs- und Studienorientierung an allen weiterführenden Schulen verbindlich und kontinuierlich ab der 7. Klasse stärken. Bereits ab Klasse 5 soll das bewährte Konzept der Berliner Schulpaten mit Blick auf die Berufsorientierung weiterentwickelt werden. Schülerinnen und Schüler sollen frühzeitig ihre Stärken entdecken, verschiedene Berufsfelder kennenlernen und realistische Einblicke in Ausbildung, Studium und Arbeitswelt erhalten. Dazu bauen wir die Zusammenarbeit von Schulen mit Unternehmen, Handwerksbetrieben, Hochschulen, sozialen Einrichtungen und öffentlichen Arbeitgebern weiter aus. Betriebsbesuche, Schülerpraktika, Praxiscamps, Projekttag sowie Formate wie das Produktive Lernen sollen deutlich gestärkt werden. Mit konkreten Projekten wie „Probier dich aus – im Beruf!“ erleichtern wir den Übergang von der Schule in die duale Ausbildung durch praktische Erfahrungen in zukunftsweisenden Berufsfeldern.

Um Jugendarbeitslosigkeit möglichst frühzeitig zu vermeiden, setzen wir auf eine engere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Jugendberufsagenturen sowie auf eine passgenaue Begleitung beim Übergang von der Schule in Ausbildung oder Beruf. Mit dem neuen 11. Pflichtschuljahr erhalten Jugendliche ohne Ausbildungsplatz zudem eine klare Perspektive und bessere Chancen auf einen erfolgreichen Berufseinstieg.

Für langzeitarbeitslose Menschen setzen wir auf eine ganzheitliche Betreuung und intensive Integrationsbegleitung, um sie auf ihrem Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt bestmöglich zu unterstützen und ihnen echte Perspektiven zu bieten. Zentral hierfür ist eine enge Zusammenarbeit von Jobcentern, Unternehmen, Bildungsträgern und sozialen Einrichtungen.



Wir wollen öffentlich geförderte Beschäftigung stärken und jährlich 500 neue Arbeitsplätze im Förderprogramm „Soziale Betriebe“ schaffen. Diese sollen langzeitarbeitslosen Menschen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in marktnahen Tätigkeitsfeldern ermöglichen.

Für junge Menschen stärken wir die Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung (IBA), damit auch Menschen ohne Abschluss einen erfolgreichen Einstieg finden. Das 11. Pflichtschuljahr entwickeln wir weiter. Wir setzen die Ausbildungsplatzumlage um: Wer nicht ausbildet, zahlt und finanziert solidarisch die Ausbildung. Ein Azubi-Werk nach dem Vorbild anderer großer Städte schaffen wir neu. Mit der Fachkräftestrategie unterstützt das Land Unternehmen dabei, ungenutzte Potenziale zu aktivieren, etwa bei Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und älteren Beschäftigten. Erwachsenenbildung gestalten wir zugänglich, bezahlbar und lebensnah.

Wahlprüfstein 1: Wie will Ihre Partei den Zugang zu Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung für junge Menschen sowie langzeitarbeitslose Menschen im Land Berlin nachhaltig verbessern?



Um junge Menschen zu stärken und ihnen Wege in Arbeit und Ausbildung zu eröffnen, wollen wir die Berufsorientierung an allen Schulen fest verankern und den Schüler*innen mit Praktika Einblicke ins Berufsleben vermitteln.

Niedrigschwellige Beratungsangebote wollen wir ausbauen und die Jugendberufsagenturen in den Bezirken so aufstellen, dass sie Jugendliche beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf begleiten können. Wir verstehen Berufsbildung als gleichwertige Säule neben dem Studium. Die duale Ausbildung wollen wir durch eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie stärken.

Menschen in Langzeiterwerbslosigkeit wollen wir neue Perspektiven aufzeigen. Individuelle Betreuung, Coaching und Qualifizierung sind der Schlüssel dazu. Die Erfahrungen mit dem Berliner Solidarischen Grundeinkommen (SGE) zeigen, wie wir Menschen mit Vermittlungshemmnissen und geringen Eingliederungschancen durch Maßnahmen der öffentlich geförderten Beschäftigung gestärkt und ermutigen können. Sinnstiftende Tätigkeiten, mit guten Arbeitsbedingungen und fairer Bezahlung vermitteln soziale Teilhabe und Wege zur Integration in den Arbeitsmarkt.



Gute Ausbildung ist unverzichtbar, um den zukünftigen Bedarf an Fachkräften zu sichern und jungen Menschen den Einstieg in ein selbstständiges Leben zu ermöglichen. Deshalb ist es nicht hinnehmbar, dass in Berlin jedes Jahr tausende

Bewerber*innen ohne Ausbildungsplatz bleiben. Durch die konsequente Einführung und Umsetzung der Ausbildungsplatzumlage wollen wir Betriebe, die ausbilden, entlasten und so für mehr Ausbildungsplätze sorgen. Das gerade beschlossene Umlagemodell erfasst nur einen kleinen Teil der Ausbildungsverhältnisse. Wir werden dafür sorgen, dass den Ausbildungsbetrieben die vollen Kosten für alle Azubis erstattet werden.

Die Linke Berlin setzt auf öffentlich geförderte Beschäftigung, eine Ausbildungsgarantie und Ausbau der Berliner Landesprogramme. Die Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt hat für uns immer Vorrang. Wir nutzen alle Möglichkeiten des Landes, um Jobcoaching, unterstützte Beschäftigung, assistierte Ausbildungen und Übergänge von der Schule in den Beruf zu stärken und dies vor allem mit Fokus auf junge Menschen ohne Abschluss und Langzeiterwerbsarbeitslose.

Wahlprüfstein 2: Welche Bedeutung misst Ihre Partei den Trägern der Beschäftigungs- Bildungs- Beratungs- und Integrationsarbeit in Berlin bei?



Wir erkennen die wichtige Rolle der Träger in der Beschäftigungs-, Bildungs-, Beratungs- und Integrationsarbeit ausdrücklich an. Sie verfügen über langjährige Erfahrung, kennen die Lebenslagen unterschiedlicher Zielgruppen und leisten einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt. Sie sind für uns wichtige Partner, die durch ihre individuelle und praxisnahe Arbeit maßgeblich dazu beitragen, Menschen auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen und soziale Teilhabe zu ermöglichen.



Freie und öffentliche Träger sind unverzichtbar für das soziale Berlin. Sie erbringen Leistungen, die der Staat allein nicht leisten kann. Ehrenamt ergänzt professionelle Sozialarbeit, ersetzt sie aber nicht. Fachkräfte in sozialen Berufen brauchen faire Bezahlung und verlässliche Strukturen. Träger, die soziale Arbeit im Rahmen von Leistungsverträgen und Zuwendungsprojekten erbringen, versetzen wir in die Lage, ihre Beschäftigten tarifgerecht zu bezahlen. Das Integrierte Sozialprogramm stärken wir. Seine Projekte geben Orientierung und konkrete Hilfe. Stadtteilzentren und mobile Stadtteilarbeit stärken wir in allen Bezirken als niedrigschwellige Anlaufstellen



Die Träger der Beschäftigungs-, Bildungs-, Beratungs- und Integrationsarbeit sind für uns unverzichtbare Partner für sozialen Zusammenhalt, Gerechtigkeit und Teilhabe in Berlin. Sie sichern die soziale Grundversorgung der Stadt, von den Kitas über Beratungszentren bis zur Obdachlosenhilfe. Sie bilden für viele Menschen in Berlin ein verlässliches soziales Netz und sind genau wie ihre sozialen Träger wichtig für den sozialen Zusammenhalt. Wir wollen die Arbeit aller sozialen Träger umfassend und nachhaltig stärken. Als Garant*innen der sozialen Infrastruktur sind sie von zentraler Bedeutung für ein sicheres Berlin.



Die Träger in der Beschäftigungs-, Bildungs- und Partizipationsarbeit leisten wichtige Arbeit und sind für uns unverzichtbare Partner in der sozialen Daseinsvorsorge. Sie verfügen über eine hohe Expertise, kommunizieren vertrauensvoll mit den Menschen und sind oft die einzige Brücke zurück in Ausbildung und Arbeit. Wir stehen für ihre politische Anerkennung und verlässliche Unterstützung - statt der aktuell leider auf Bundes- und auch auf Berliner Landesebene geführten Kürzungsdebatten.

Wahlprüfstein 3: Wie will Ihre Partei die langfristige Stabilisierung und Finanzierung der Angebote der Beschäftigungs-, Bildungs-, Beratungs- und Integrationsarbeit in Berlin sichern?

CDU Angesichts der angespannten Haushaltslage steht Berlin vor der Aufgabe, finanzielle Spielräume verantwortungsvoll zu nutzen und gleichzeitig wichtige soziale Infrastruktur zu erhalten. Unser Ansatz ist, erfolgreiche und nachweislich wirksame Angebote im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel zu priorisieren. Förderentscheidungen sollten sich an der tatsächlichen Wirkung orientieren und langfristige Perspektiven ermöglichen.

SPD Wir wollen weg von kurzfristigen Projektförderzyklen hin zu längerfristigen Laufzeiten und institutioneller Finanzierung. Dauerhaft anfallende Aufgaben sichern wir durch Trägerfinanzierung statt durch kurzfristige Zuwendungsprojekte. Das schafft Planungssicherheit für die Träger und Verlässlichkeit für die Betroffenen. Im Parlament setzen wir uns dafür ein, dass es auskömmliche Finanzierungen gibt und mögliche Kürzungen nicht den Sozialbereich betreffen. Das Demokratiefördergesetz stärkt die Verlässlichkeit in der außerschulischen Bildungsarbeit. Steuergeld vergeben wir nur für faire Arbeitsbedingungen.



Der soziale Kahlschlag und die chaotische Haushaltspolitik des schwarz-roten Senats haben für massive Unsicherheit gesorgt. Wir werden den Landeshaushalt vom Kopf wieder auf die Füße stellen – transparent, fair und verlässlich. Im Dialog mit sozialen Trägern, mit Kultur- und Bildungsinstitutionen, mit den Bezirken und den Beschäftigten. Bildung, Ausbildung und Berufschancen werden gezielt gefördert, soziale Träger dauerhaft abgesichert.



Die Linke Berlin setzt sich entschieden für eine langfristige Finanzierung der sozialen Infrastruktur ein. Wir fordern mehrjährige Förderzusagen statt Jahresscheiben und eine verlässliche Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln (ESF+, EHAP+) durch das Land, damit die Träger ihre wichtige Arbeit aufrechterhalten können und Strukturen nicht wegbrechen. Kürzungen bei Trägern lehnen wir ausdrücklich ab.

Wahlprüfstein 4: Welche Maßnahmen plant Ihre Partei für eine faire Bezahlung und Refinanzierung im sozialen und arbeitsmarktpolitischen Bereich und zur Gleichstellung der Beschäftigten?



Gute soziale Arbeit braucht qualifizierte Fachkräfte. Faire Arbeitsbedingungen und eine angemessene Vergütung sind wichtige Voraussetzungen, um Fachkräfte zu gewinnen und langfristig zu binden. Gleichzeitig müssen Refinanzierungsstrukturen so ausgestaltet sein, dass Träger ihre Aufgaben dauerhaft erfüllen können. Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage gilt es, verantwortungsvolle Lösungen zu entwickeln, die sowohl den Interessen der Beschäftigten als auch der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes Rechnung tragen. Wir setzen uns dafür ein, bestehende Unterschiede bei vergleichbaren Tätigkeiten kritisch zu prüfen und im Dialog mit Trägern und Sozialpartnern tragfähige Lösungen zu entwickeln.



Wir stehen für die vollständige Refinanzierung aller Tarifsteigerungen im Verantwortungsbereich des Landes Berlin. Träger, die soziale Arbeit erbringen, versetzen wir in die Lage, ihre Beschäftigten tarifgerecht zu bezahlen. Gleichbehandlung freier und öffentlicher Träger ist für uns selbstverständlich. Die Hauptstadtzulage finanzieren wir für alle Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes. Auch die Kosten für Mitbestimmung und gesetzliche Interessenvertretungen refinanzieren wir. Wo die öffentliche Hand Aufträge und Förderungen vergibt, muss gute Arbeit Pflicht sein. 80 Prozent der Berliner Arbeitnehmer*innen sollen tarifgebunden arbeiten. Dazu bauen wir das Tarifregister aus.



Arbeit im öffentlichen Auftrag muss gute Arbeit sein – durch ein modernes Zuwendungsrecht kann Berlin seiner Vorbildfunktion gerecht werden. Wir Grünen setzen uns für das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ein. Alle Fachkräfte müssen fair bezahlt werden. Für uns ist klar, dass tarifvertragliche Bezahlung bei den Träger*innen vom Land vollständig refinanziert werden muss, um die Lohnlücke zum öffentlichen Dienst endlich zu schließen. Dazu gehören auch Tarifsteigerungen und Zulagen für die Beschäftigten, ebenso wie die Kosten für Betriebsratsarbeit.



Gute Arbeitsbedingungen sind die Grundlage für ein gutes Leben. Gute Arbeit ist auskömmlich bezahlt und tariflich abgesichert, mitbestimmt, sinnstiftend und macht nicht krank. Dazu gehören tarifliche und sichere Arbeitsplätze bei landeseigenen Unternehmen, deren Töchtern, sozialen Trägern und allen Unternehmen, an die öffentliches Geld fließt. Für alle anderen Unternehmen wollen wir die Rahmenbedingungen für Gute Arbeit schaffen. Dazu gehören bessere Kontrollen und die Durchsetzung von Schutzvorschriften und Beratungsangebote für besonders schutzbedürftige Gruppen von Beschäftigten. Wir fordern, Tariftreue zur verbindlichen Fördervoraussetzung zu machen und Personalkostenzuschüsse an reale Tarifsteigerungen zu koppeln. Unser Ziel ist: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der sozialen Infrastruktur und das unabhängig von Träger oder Rechtsform, inklusive der Gleichstellung der Beschäftigten.

Wahlprüfstein 5: Welche Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um Zuwendungsverfahren für Träger sozialer Aufgaben zu entbürokratisieren, frühzeitige Förderzusagen und längerfristige Förderzeiträume zu ermöglichen?



Für uns ist der weitere Abbau von Bürokratie sowie eine moderne, effiziente und serviceorientierte Verwaltung eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit sozialer Träger. Zu viel Bürokratie bindet Personal und Ressourcen, die stattdessen den Menschen zugutekommen sollten. Deshalb setzen wir uns für eine konsequente Vereinfachung und Digitalisierung der Zuwendungsverfahren ein. Mit der Reform des Berliner Zuwendungsrechts haben wir bereits einen wichtigen Schritt in diese Richtung unternommen. Ziel der Reform ist es, Verfahren zu vereinfachen, den Verwaltungsaufwand sowohl für Träger als auch für die Verwaltung zu reduzieren und mehr Flexibilität bei der Förderung zu ermöglichen. Zudem streben wir an, Zuwendungsbescheide für unverzichtbare soziale Angebote über längere Zeiträume auszustellen, um den Trägern die dringend benötigte Planungssicherheit zu geben. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Antrags- und Nachweisverfahren weiter zu vereinfachen, Doppelprüfungen möglichst zu vermeiden und digitale Prozesse auszubauen. Wo es haushalts- und zuwendungsrechtlich möglich ist, sollen frühzeitige Förderentscheidungen und längere Förderzeiträume für bewährte Maßnahmen geprüft werden.



Wir wollen Zuwendungsverfahren entbürokratisieren und vereinfachen. Kurzfristige Förderzyklen ersetzen wir durch längerfristige Laufzeiten und institutionelle Finanzierung, damit Träger langfristig planen können. Wir führen einen Bürokratie-TÜV ein und setzen ein Effizienzgesetz um, das bestehende Berichts-, Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten auf den Prüfstand stellt. Für wichtige Prozesse prüfen wir verbindliche Fristen und Genehmigungsfiktionen. Im Parlament setzen wir uns dafür ein, alle rechtlichen Möglichkeiten der Haushaltsordnung auszuschöpfen, um Träger auskömmlich und planbar zu finanzieren.



Wir werden die sozialen Aufgaben verlässlich finanzieren: mit besseren Bedingungen im Zuwendungsrecht und digitalisierten Abläufen, mit mehrjährigen Förderungen, die allen Beschäftigten Sicherheit bieten. Mit einer Gemeinkosten-Pauschale für leichtere Abrechnungen und unbürokratischen Finanzanträgen schaffen wir schnelle und längerfristige Handlungssicherheit.



Die Linke Berlin will Antrags- und Verwendungsnachweisverfahren vereinfachen, digitalisieren und vereinheitlichen, frühzeitige Bewilligungen vor Jahresbeginn ermöglichen und mehrjährige Förderzeiträume zum Standard machen, damit Träger nicht ständig um ihre Existenz bangen müssen.

Wahlprüfstein 6: Wie steht Ihre Partei zum Erhalt und zur Weiterentwicklung bestehender arbeitsmarkt- und bildungspolitischer Landesprogramme wie Soziale Betriebe, Berliner JobCoaching, Beschäftigung in Berlin und Angebote der Erwachsenenbildung?



Bestehende arbeitsmarkt- und bildungspolitische Landesprogramme bewerten wir grundsätzlich anhand ihrer Wirksamkeit und ihres Erfolgs bei der nachhaltigen Vermittlung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den ersten Arbeitsmarkt. Programme, die sich als wirksam erweisen und Menschen nachweislich helfen, müssen erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden, um auf veränderte Anforderungen reagieren zu können.



Wir stehen klar zum Erhalt und zur Weiterentwicklung dieser Programme. Das Förderprogramm „Soziale Betriebe“ bauen wir aus und schaffen jährlich 500 neue Arbeitsplätze. Öffentlich geförderte Beschäftigung stärken wir als wichtiges Instrument gegen Langzeitarbeitslosigkeit. Erwachsenenbildung gestalten wir zugänglich, bezahlbar und lebensnah. Wir werben stärker für Volkshochschulen, Bibliotheken und Schulen des Zweiten Bildungswegs. Bildung endet nicht mit dem Abschluss. Sie bleibt Teil des gesamten Lebenswegs. Bestehende Landesprogramme sind keine Kür, sondern strukturelle Voraussetzung für Teilhabe und soziale Gerechtigkeit.



Die arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Landesprogramme sind zentrale Instrumente des Landes zur Bekämpfung von struktureller Erwerbslosigkeit, Armut und sozialer Ungleichheit, aber auch zur Fachkräftesicherung und zur Bewältigung des demografischen und digitalen Wandels. Wir entwickeln nachhaltige Strategien, um Erwerbspotenziale und Selbstbestimmung zu stärken. Menschen in Langzeiterwerbslosigkeit wollen wir mit Coaching, Weiterbildung und sinnstiftenden Beschäftigungsmöglichkeiten Perspektiven aufzeigen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Programm Soziale Betriebe als Regelförderinstrument verstetigt wird. Das Berliner Job Coaching, Bildungsangebote und Projekte der Beschäftigung in Berlin werden wir ausbauen.



Soziale Betriebe, das Berliner Jobcoaching, Beschäftigung in Berlin und Erwachsenenbildung sind zentrale Bausteine unserer Arbeitsmarktpolitik. Für ihren Erhalt, bedarfsgerechten Ausbau und eine bessere finanzielle Ausstattung setzt sich Die Linke Berlin ein. Kürzungen lehnen wir ab.

Wahlprüfstein 7: Warum sollten Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, Ihre Partei wählen?



Jeder Mensch soll die Chance haben, durch eigene Arbeit seinen Lebensunterhalt zu sichern und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Deshalb unterstützen wir Menschen, die schon länger ohne Arbeit sind, dabei, wieder dauerhaft eine berufliche Perspektive zu finden. Dafür verfolgen wir zwei zentrale Ansätze: Erstens sorgen wir für eine starke Wirtschaft, denn nur so entstehen neue und sichere Arbeitsplätze. Zweitens richten wir Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote konsequent an den tatsächlichen Bedarfen der Betriebe aus. So stellen wir sicher, dass Arbeitssuchende genau die Fähigkeiten erwerben, die ihnen helfen, um dauerhaft wieder im Berufsleben Fuß zu fassen und auf eigenen Beinen zu stehen.



Weil wir Langzeitarbeitslosigkeit nicht verwalten, sondern bekämpfen. Wir schaffen jährlich 500 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in marktnahen Tätigkeitsfeldern über das Programm „Soziale Betriebe“. Wir lehnen Pflicht zur Bürgerarbeit ab, weil sie keine nachhaltige Perspektive schafft. Stattdessen setzen wir auf Qualifizierung, soziale Unterstützung und gute Arbeit. Wir stärken Beratungsangebote, sichern Träger langfristig ab und sorgen dafür, dass öffentliche Mittel nur für faire Arbeitsbedingungen vergeben werden. Wer in Berlin arbeitet, soll davon spürbar profitieren, mit guten Löhnen und verlässlichen Perspektiven.



Wir setzen auf echte Chancen statt auf Ausgrenzung, Kontrolle und Sanktionen. Wir wollen gute Qualifizierung, einen sozialen Arbeitsmarkt, verlässliche Förderung durch die Jobcenter und faire Arbeitsbedingungen stärken, damit Menschen nachhaltig in Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe finden. Wir wenden uns gegen die von der schwarz-roten Bundesregierung verantworteten pauschalen Leistungskürzungen und bestehen auf der Achtung der verfassungsrechtlich garantierten Grundsicherung. Das Existenzminimum muss gewahrt werden und darf nicht durch Sanktionen gefährdet werden. Betroffene wollen wir fördern, statt sie zu bestrafen.



Weil wir öffentlich geförderte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt Sanktionslogik anstreben, die Angebote der Träger verlässlich und langfristig finanzieren und uns gegen Ausgrenzung am Arbeitsmarkt einsetzen. Wir werden deshalb ein neues öffentliches Programm für Beschäftigungsförderung aufsetzen. Statt schlecht bezahlten Maßnahmen unter Zwang wollen wir gesellschaftlich sinnvolle Arbeit zu tariflichen Bedingungen anbieten. Ziel muss es sein, den erwerbsarbeitslosen Menschen dauerhafte berufliche Perspektiven zu eröffnen und Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu schaffen.

**Wahlprüfstein 8: Um unter den öffentlich geförderten Projekten einen Wettbewerb „nach oben“ (um Qualität) statt „nach unten“ (um Lohnkosten) zu erreichen, braucht es eine Entwicklung hin zu vergleichbaren Arbeitsbedingungen.
Wie steht Ihre Partei zu dieser These?**



Wir teilen die Auffassung, dass Qualität das entscheidende Kriterium bei öffentlich geförderten Projekten sein muss. Wir befürworten Rahmenbedingungen, die gute Arbeit belohnen und sicherstellen, dass die Fördermittel den Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch qualitativ gute Angebote bestmöglich zugutekommen.



Wir teilen diese These vollständig. Wo die öffentliche Hand Aufträge und Förderungen vergibt, muss gute Arbeit Pflicht sein. Wir knüpfen die Vergabe öffentlicher Mittel an klare Regeln, Tariftreue und einen Vergabemindestlohn, um Lohndumping zu verhindern und soziale Standards konsequent durchzusetzen. Transparente Prüfung und Kontrolle der Tarifbindung sowie Konsequenzen bei Verstößen sind für uns selbstverständlich. Gleichbehandlung freier und öffentlicher Träger ist dabei Grundvoraussetzung. Wettbewerb um Qualität entsteht nur, wenn Lohnkosten nicht das entscheidende Kriterium bei der Vergabe sind.



Wir stimmen dieser These zu. Vergleichbare Arbeitsbedingungen sind für uns besonders wichtig. Deshalb setzen wir uns für einen höheren Landesmindestlohn, einen einheitlichen Tarifvertrag und weitere Maßnahmen ein, die den Beschäftigten bei öffentlich geförderten Projekten gute Perspektiven geben. So sorgen wir dafür, dass der Wettbewerb sich mehr auf die Qualität statt um Lohnkosten dreht. Das Land Berlin muss dort, wo es als Arbeitgeber oder bei der Auftragsvergabe Einfluss hat, Verantwortung übernehmen – und nicht dazu beitragen, dass diese Entwicklung ungebremselt weitergeht, sondern für gerechte Lohnverteilung eintreten. Wir werden deshalb alle landespolitischen Möglichkeiten ausschöpfen, für eine gerechtere Lohnverteilung zu kämpfen.



Die Linke Berlin stimmt dem ausdrücklich zu. Wir lehnen Preisdumping bei Personalkosten ab, denn es schadet den Beschäftigten und mindert die Angebotsqualität gleichermaßen. Vergleichbare, tarifgebundene Arbeitsbedingungen müssen aus unserer Sicht Grundlage der Förderung sein und nicht das billigste Angebot.

Eine einheitliche, verbindliche Tarifierung für geförderte Träger ist für uns zentral, um Lohndumping zu verhindern und Fachkräfte zu halten. Wir wollen dies über Förderrichtlinien und Zuwendungsbescheide im Land Berlin konsequent verankern.

Das Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz muss daher verteidigt und gestärkt werden. Denn: Öffentliches Geld nur für Gute Arbeit. Überall dort, wo das Land Berlin Einflussmöglichkeiten hat, muss es für faire, tarifliche Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen sorgen. Mit einem starken BerlAVG wird Lohndumping und Ausbeutung entgegengewirkt.

Wahlprüfstein 9: Wie beurteilen Sie die Bedeutung einer einheitlichen Tarifgestaltung für Träger von geförderten Maßnahmen und Projekten und ihrer Anwendung in den öffentlichen Förderinstrumenten im Land Berlin?



Wir betrachten tarifliche Regelungen grundsätzlich als wichtigen Beitrag zu fairen Arbeitsbedingungen und zur Attraktivität sozialer Berufe. Gleichzeitig halten wir es für wichtig, die Vielfalt der Berliner Trägerlandschaft sowie unterschiedliche Organisations- und Finanzierungsmodelle zu berücksichtigen. Förderinstrumente sollten deshalb einerseits faire Rahmenbedingungen unterstützen, andererseits aber ausreichend Flexibilität bieten, um unterschiedlichen Gegebenheiten gerecht zu werden. Aus unserer Sicht kommt es vor allem darauf an, dass Förderbedingungen verlässlich, nachvollziehbar und praxistauglich ausgestaltet werden.



Einheitliche Tarifgestaltung ist für uns ein zentrales Instrument für faire Arbeitsbedingungen und sozialen Zusammenhalt. Wir stehen für die vollständige Refinanzierung aller Tarifsteigerungen im Verantwortungsbereich des Landes. Öffentliche Aufträge, Förderungen und Zuschüsse vergeben wir ausschließlich an tarifgebundene Betriebe, unabhängig von Schwellenwerten. Tarifbindung und Mitbestimmung stärken wir als Garant für gute Arbeit. Im Parlament setzen wir uns dafür ein, dass das Tarifregister ausgebaut und digitalisiert wird und dass 80 Prozent der Berliner Arbeitnehmer*innen tarifgebunden arbeiten.



Die Einführung eines einheitlichen Tarifvertrages ist ein längst überfälliger und wichtiger Schritt, um die Arbeitsbedingungen bei den sozialen Trägern deutlich zu verbessern. Wichtig ist, dass die Lohnsteigerungen verlässlich durch das Land Berlin refinanziert werden, um den Beschäftigten Sicherheit und langfristige Perspektiven zu geben. Mit seiner Haushaltspolitik der letzten Jahre hat der schwarz-rote Berliner Senat die Arbeit der Träger und die Zahlung fairer Tarifröhne mit Absicht aufs Spiel gesetzt.



(s. Prüfstein 8): Eine einheitliche, verbindliche Tarifier Anwendung für geförderte Träger ist für uns zentral, um Lohndumping zu verhindern und Fachkräfte zu halten. Wir wollen dies über Förderrichtlinien und Zuwendungsbescheide im Land Berlin konsequent verankern.

Das Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz muss daher verteidigt und gestärkt werden. Denn: Öffentliches Geld nur für Gute Arbeit. Überall dort, wo das Land Berlin Einflussmöglichkeiten hat, muss es für faire, tarifliche Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen sorgen. Mit einem starken BerlAVG wird Lohndumping und Ausbeutung entgegengewirkt.

Wahlprüfstein 10: Welche Kriterien will Ihre Partei für die Wirksamkeit und Qualität der Projekte und Maßnahmen in den jeweiligen Politikfeldern zugrunde legen? Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Förderprogramme im Land Berlin vorrangig zur verlässlichen Umsetzung der politischen Ziele beitragen?



Das wichtigste Kriterium für die Wirksamkeit arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ist für uns die erfolgreiche und nachhaltige Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Um dies sicherzustellen, setzen wir auf regelmäßige Evaluationen, ein transparentes Controlling und einen engen Austausch mit den Trägern.



Wirksamkeit messen wir daran, ob Projekte tatsächlich die Menschen erreichen, für die sie gedacht sind. Fortschritte müssen regelmäßig überprüfbar sein, damit politische Maßnahmen nachgesteuert werden können. Wir wollen eine ressortübergreifende Strategie mit klaren Indikatoren. Förderprogramme knüpfen wir an ergebnisorientierte Vorgaben und transparente Prüfung. Qualität sichern wir durch Tarifbindung, auskömmliche Finanzierung und langfristige Planungssicherheit für Träger. Kurzfristige Projektförderung ersetzen wir schrittweise durch institutionelle Finanzierung, damit Träger verlässlich und ohne Unterbrechung politische Ziele umsetzen können.



Wir setzen auf transparente Kriterien und Rahmenbedingungen. Wir wollen Chancengleichheit, Inklusion und gesellschaftlichem Zusammenhalt fördern und marginalisierte Gruppen stärken. Soziale Projekte sind erfolgreich, wenn sie vor Ort, in den Kiezen messbare, positive Effekte haben. Barrierefreiheit, Vielfalt und diskriminierungsfreie Teilhabe sowie die Vernetzung vor Ort spielen dabei eine zentrale Rolle.



Die Linke Berlin will das Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG) anwendungsfreundlich weiterentwickeln und den Prozess vereinfachen und digitalisieren. Für die ausschreibenden Stellen und Unternehmen, die Angebote abgeben, soll der Aufwand so gering wie möglich gehalten werden. Gerade tarifgebundene Unternehmen wollen wir von der Nachweispflicht zur Tariftreue durch Präqualifizierungsverfahren und das Sozialkassenverfahren der Bauindustrie spürbar entlasten. Damit schaffen wir einen echten Anreiz, wieder in die Tarifbindung einzutreten. Wir wollen Betriebe belohnen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen. Mithilfe einer Lohnleit- und Preisanpassungsklausel wollen wir bei Aufträgen mit mehrjähriger Laufzeit sicherstellen, dass die Auftragnehmer*innen Tarifsteigerungen an ihre Beschäftigten weitergeben können.

Wir setzen uns dafür ein, dass in den Ausschreibungen auch der jeweilige Personalaufwand und die Qualitätskriterien für eine Leistung verbindlich vorgegeben werden, etwa für Schulcatering oder Reinigungsaufträge. So kann verhindert werden, dass Unternehmen nur durch Arbeitsverdichtung auf dem Rücken der Beschäftigten Ausschreibungen gewinnen. Sogenannte Unterauftragsketten werden häufig missbraucht, um der Tariftreueverpflichtung zu entgehen. Den Schaden trägt dann die Allgemeinheit. Wir wollen deshalb Unterauftragsketten, in denen die immer gleiche Teilleistung in einer Kette von Unternehmen weitervergeben wird, auf maximal zwei Glieder begrenzen.